



2024

# BERICHT WAHLBEOBACHTUNG

## Kommunalwahlen Türkei am 31. März 2024

Dieser Bericht wurde verfasst, um der internationalen Gemeinschaft und den damit verbundenen Institutionen den Wahlbetrug in den kurdisch besiedelten Provinzen vor Augen zu führen. Der Bericht basiert auf den Beobachtungen und Erfahrungen von 125 internationalen und unabhängigen Wahlbeobachter\*innen.

**Kontakt:**

Norway: Johan Petter Andresen (NO/EN)  
johanpetterandresen@gmail.com

Switzerland: Franziska Stier (DE/EN)  
Franziska.Stier@gmx.de

France: Roseline Kisa (FR/EN)  
r.b.kisa@gmail.com

23. April 2024

## EINLEITUNG

Am 31. März 2024 fanden in der Türkei Kommunalwahlen statt. Mehrere negative Trends, kennzeichnen die aktuelle Entwicklung: die international kritisierte Aushöhlung der Demokratie, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen für die große Mehrheit, die illegale Aggression und Besetzung von Teilen Syriens und des Irak sowie die zunehmende Instabilität auf internationaler, regionaler und lokaler Ebene bildeten den Hintergrund für die Wahlen.

In den kurdisch dominierten Gebieten im Südosten hat sich die Situation innerhalb der Türkei am negativsten entwickelt. Nach den Kommunalwahlen im Jahr 2019 wurden viele demokratisch gewählte BürgermeisterInnen von den Zentralbehörden abgesetzt und durch Treuhänder ersetzt. Viele Politiker und politische Aktivisten wurden inhaftiert und anderweitig verfolgt. All dies wurde von europäischen Menschenrechtsbehörden und -organisationen kritisiert.

Im Vorfeld der diesjährigen Kommunalwahlen gab es auch Vorwürfe, darüber dass illegale Initiativen zur Untergrabung der Demokratie vorbereitet würden, indem Sicherheitskräfte verlegt und TürkInnen, die ursprünglich aus dem Westen der Türkei stammten, als WählerInnen im Südosten registriert wurden. Die DEM, die größte prokurdische Partei, ergriff daher die Initiative, Wahlbeobachter aus Europa einzuladen, um diese und andere undemokratische Maßnahmen zu verhindern bzw. aufzudecken.

Einhundertfünfundzwanzig Wahlbeobachter\*innen kamen und versuchten, die Wahlen zu beobachten. Dies ist ein Bericht über ihre Ergebnisse.

## VISITED REGIONS



original Source: [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a8/Turkey%2C\\_administrative\\_divisions\\_-\\_de\\_-\\_colored.svg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a8/Turkey%2C_administrative_divisions_-_de_-_colored.svg) (edited by Franziska Stier)

Einleitung . . . . .	1
Zusammenfassung . . . . .	3
1. Polizei, Militär und Repression an den Wahllokalen . . . . .	4
2. Der grosse Coup: Wählertransfers . . . . .	5
Sichtung der Listen . . . . .	5
Die Beobachtung der Wählertransfers am Wahltag . . . . .	6
Reports from civilians and local civil observers . . . . .	6
Fazit . . . . .	7
3. Versuchter Wahlbetrug durch Erpressung oder Bestechung . . . . .	8
4. Diskriminierung (im Vorfeld der Wahlen). . . . .	8
5. Wahlgeheimnis . . . . .	9
6. Mehrfachabstimmung . . . . .	9
7. Pressefreiheit am Wahltag. . . . .	9
8. Andere Irregularitäten . . . . .	10
9. Allgemeine Repression und Einschüchterung nach den Wahlen . . . . .	10
Situation in Van . . . . .	10
Van DEM Versammlung, Monday, 1. April . . . . .	10
Starke Proteste und harte Repression am Dienstag, 2. April . . . . .	10
10. Die Haltung der Behörden gegenüber der unabhängigen, internationalen Wahlbeobachtungsdelegation. . . . .	11
11. Working methods and limitations of the report . . . . .	12

## ZUSAMMENFASSUNG

Im Verlauf unserer Wahlbeobachtung waren fast alle Delegationen mit Einschüchterungen und Zugangsverboten durch die Behörden konfrontiert. Neben einigen Unregelmäßigkeiten und dem Verdacht auf Wahlmanipulation durch Bestechung und Erpressung in mehreren Regionen konnten wir zwei grobe und weit verbreitete Verstöße feststellen. Erstens, eine übermäßige und einschüchternde Polizei- und Militärpräsenz in fast allen Gebieten. In zwei Regionen (Van und Çirnak) wurden im Anschluss an die Wahlen auch Repressionen gegen die Bevölkerung und die Partei DEM dokumentiert. Zweitens eine neue Strategie zur Beeinflussung des Wahlergebnisses durch gezielte Wählertransfers von 46.901 Staatsbediensteten wie Polizisten und Soldaten.

Während in den Vorjahren der Wählerwille durch gezielte politische Repression, die Inhaftierung von gewählten BürgermeisterInnen und den Einsatz von Treuhändern unterlaufen wurde, wurden diesmal Staatsbedienstete wie Polizisten und Militärs zur Stimmabgabe in die kurdischen Gebiete geschickt. In einigen Fällen wurden diese Personen über einen Zeitraum von 6 Monaten in den Regionen registriert. In anderen Fällen wurde das Verfahren ad hoc durchgeführt. Massen von Männern zwischen 20 und 30 Jahren wurden in Regierungsgebäuden wie Polizeistationen registriert und verbrachten die Nächte in Schulen und Universitäten, die in den Tagen vor der Wahl speziell für diesen Zweck geräumt wurden. Der Einsatz von Sicherheitskräften, um die Wahlbeteiligung der lokalen kurdischen Bevölkerung, anderer lokaler Minderheiten und insbesondere von Frauen zu verringern, kann als strategisch betrachtet werden, da sich diese Wählerverschiebungen auf Regionen konzentrierten, in denen ein knappes Wahlergebnis zwischen AKP, MHP oder DEM-Partei erwartet wurde, und die Teilnahme von Tausenden von Soldaten das Ergebnis kippen könnte.

Unserer Ansicht nach ist dies ein grober und bewusster Versuch, die Kommunalwahlen gegen die Oppositionspartei zu manipulieren. Wir möchten die internationale Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen und die offiziellen Wahlbeobachtungsinstitutionen auffordern, die Wählerverzeichnisse der betroffenen Regionen zu überprüfen, um ein endgültiges Bild zu erhalten.

# 1. POLIZEI, MILITÄR UND REPRESSIONEN

## IN DEN WAHLLOKALEN

Von den rund 150 besuchten Wahllokalen waren fast alle mit Polizei und Militär besetzt. Da fast alle Gruppen daran gehindert wurden, die Räume zu besuchen, in denen die eigentliche Wahl stattfand, oder gar das Schulgelände zu betreten, konnten wir uns kein vollständiges Bild von der massiven Präsenz von Polizei und Militär machen. Dennoch sahen wir bewaffnete Polizei- und Militärangehörige vor den Schulen, auf den Schulhöfen, in den Schulen und in den Wahlräumen. Vor einigen Schulen standen auch verschiedene Arten von gepanzerten Fahrzeugen.

Das türkische Gesetz besagt: „Mit Ausnahme der mit der Sicherheit der Wahlen beauftragten Ordnungskräfte dürfen Personen in offizieller Uniform, die Waffen tragen, einschließlich privater Sicherheitsleute und städtischer Polizeibeamter, die Gebäude, Einrichtungen und Nebengebäude, in denen sich die Wahlurne befindet, nicht betreten.“<sup>1</sup>

Wahlbeobachter der Zivilgesellschaft und Anwälte teilten uns mit, dass Polizei und Militär in der Regel einen Abstand von 50 Metern zu Schulen einhalten müssen. Nach unseren Beobachtungen blieb dies jedoch die Ausnahme.

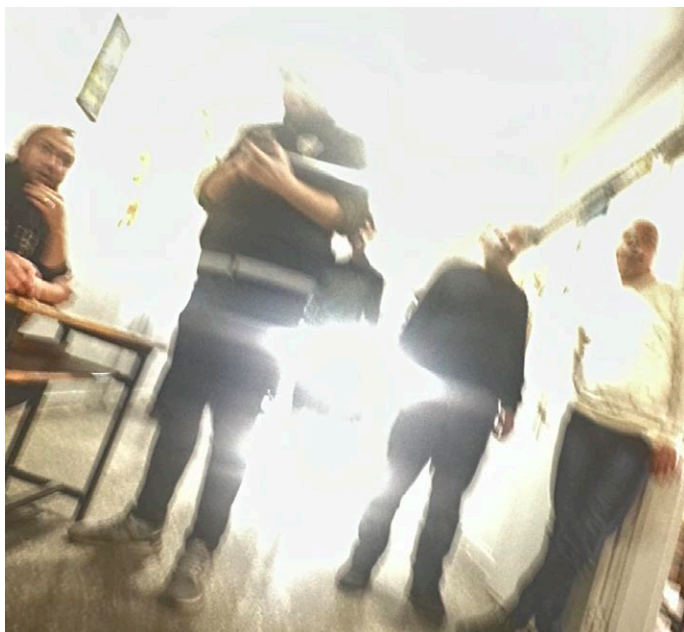
In vielen Fällen, in denen wir die Schulen betreten konnten, trafen wir in den Wahllokalen auf bewaffnete Polizisten und uniformierte Soldaten.

Hier nur drei kurze Beispiele aus der Fülle der Beobachtungen illegaler Polizei- und Militärpräsenz:

Die Beobachtergruppe in Hakkari berichtete von einer überdurchschnittlichen Polizei- und Militärpräsenz, die deutlich einschüchternd wirkte: In Şehit Selahattin İlk Okulu waren insgesamt rund 30 Polizisten vor dem Wahllokal zu sehen. Drinnen mussten sich die Wähler



*Direkt vor dem Schulgelände bewaffnete SoldatInnen und ein Panzerfahrzeug, Ağrı merkez - İsmet Ömeroğlu İlkokulu*



*Polizisten im Schulgebäude Ağrı merkez - Şeref Saraçoğlu İlkokulu.*



*Spezialeinheiten auf dem Schulgelände, Ağrı merkez - İsmet Ömeroğlu İlkokulu*

an mehreren uniformierten Polizeibeamten an den Eingängen der Wahllokale vorbeidrängen. Auf jeder Etage befanden sich drei bis fünf uniformierte Polizeibeamte. Eine Delegation in Hazro, Diyarbakir, berichtete im çok programli Anadolu Lisesi: Zwei schwer bewaffnete Soldaten mit sichtbaren Maschinengewehren und Magazinen verließen gerade die Schule, als wir ankamen.

In Şirnak gab es im Hemet Akif Erosy Anadolu Lisesi drei Stockwerke, in denen die Wahlen stattfanden. Die Beobachter durften nur zwei von ihnen betreten. Jedes Stockwerk hatte drei Abstimmungsräume. In den Gängen zwischen den Räumen befanden sich zahlreiche bewaffnete und unbewaffnete Polizei- und Militärangehörige. In Bulakbaşı İlkokulu in Ortaokulu trafen sie vor dem Gebäude auf acht Soldaten, von denen

drei mit M16-Gewehren bewaffnet waren. Im Uludere Çok Programlı Anadolu Lisesi befanden sich zwei bewaffnete Polizisten im Gebäude. Am Yunus Emere (Şehit Mehmet Paksoy) sah die Gruppe bewaffnete Polizisten und zwei Beamte einer Spezialeinheit der Polizei sowie einen großen gepanzerten Wagen und einen Bus. Im Inneren der Schule trafen sie auf etwa acht bewaffnete Polizeibeamte. In Toki Şehit Komiser Umut Tuncay İlkokulu-Ortaokulu sah die Gruppe drei Militärfahrzeuge, von denen eines auf dem Gelände geparkt war. Bewaffnete Militärangehörige standen direkt am Eingang.

Die Anwesenheit der Delegation führte sofort dazu, dass die Gruppe von etwa zehn Polizeibeamten in Zivil und in Uniform umzingelt wurde.

---

<sup>1</sup> «(Ek fıkra : 13/3/2018-7102/8 md.) Seçimin güvenliğini sağlamakla görevli kolluk güçleri hariç, özel güvenlik görevlileri ve belediye zabıtalari gibi görevliler de dâhil olmak üzere resmî üniforma ve silah taşıyan kişiler, sandığın konulduğu bina, yapı ve bunların müştemilatına giremezler.» <https://www.mevzuat.gov.tr/mevzuat?MevzuatNo=298&MevzuatTur=1&MevzuatTertip=4>

## 2. DER GROSSE COUP: WÄHLERVERSCHIEBUNGEN

**Es gab staatlich organisierte Wählertransfers, bei denen Soldaten mit Bussen zu den Wahllokalen transportiert wurden. Diese scheinen zumindest teilweise legal zu sein, sind aber illegitim und berauben der kurdischen Bevölkerung und im speziellen Frauen ihres Rechts, ihre Politik selbst zu bestimmen.**

Im Vorfeld der Wahlen wurden wir von der DEM-Partei über umfangreiche Wählertransfers informiert. 46.901<sup>2</sup> Staatsbedienstete wie Polizisten und Soldaten aus anderen Regionen der Türkei wurden eigens für die Wahlen in den kurdischen Gebieten registriert.<sup>3</sup> Der Schwerpunkt lag dabei auf Regionen, in denen ein knappes Wahlergebnis erwartet wurde und die Gesamtzahl der Soldaten einen erheblichen Anteil der

Stimmen in den jeweiligen Regionen ausmachte.

Diese Transfers von fast ausschließlich männlichen Wählern waren zu einem großen Teil durch die Wählerlisten erkennbar, da sie oft zu Hunderten an einer Adresse registriert waren, und zwar hauptsächlich in Regierungs- und Verwaltungsgebäuden, die keine eigentlichen Wohnadressen sind. Da wir nur sehr begrenzten Zugang zu den Wählerlisten hatten, waren wir teilweise auf die Angaben der DEM-Partei und der lokalen Wahlbeobachter der Zivilgesellschaft angewiesen. (Wo dies der Fall war, haben die Beobachter darauf hingewiesen.) Außerdem beobachteten wir in mehreren Regionen Busse, die Soldaten zu den Wahllokalen brachten, insbesondere am Morgen. Da auch

---

<sup>2</sup> Offizielle Information der Partei DEM (10. April 2024). Die Ergebnisse wurden mit den Analysen der oberen Wahlbehörde (YSK) verglichen und bestätigt.

<sup>3</sup> Diverse Medien berichten dazu, hier ein Beispiel: <https://www.turkishminute.com/2024/03/31/allegations-of-voter-fraud-in-predominantly-kurdish-se-mar-turkeys-local-elections/amp/>

die Zivilbevölkerung von diesem Wahlputsch wusste, war die Stimmung schon vor der Wahl angespannt. Die Gruppe aus Iğdır berichtet: „In der Nacht vor der Wahl war die Stadt voller Gruppen von Männern, von denen einige bewaffnet waren. Die Einwohner beklagten sich, dass sie in den Restaurants und Cafés keinen Platz finden konnten. Die gesamte Situation wirkte angespannt und sogar bedrohlich.“

## SICHTUNG DER LISTEN

Hier sind zwei Beispiele:

Kulp: In der Schule in Hamzali konnten die Beobachter das Phänomen der Eintragung neuer Wähler in die entsprechenden Wähler\*innenlisten nachprüfen: An einer Registrierungsadresse waren etwa 60 Personen registriert, alles Männer. In Şirnak konnte ein Beobachter mehrere Fotos von den Wählerlisten machen, die eindeutig dokumentierten, dass es viele Wähler gab, deren Adressen nicht lokal waren.

## DIE BEOBACHTUNG DER WÄHLERTRANSFERS AM WAHLTAG

Die Wählerverschiebungen waren auch auf den Straßen und vor den Wahllokalen zu beobachten. Hier sind einige Beispiele:

Die Gruppe aus Kulp berichtete aus dem Zeyrek illkokulu (Kulp-Zeyrek), dass sie zwei große Busse, zahlreiche (etwa 8) kleinere Minibusse und ein gepanzertes Fahrzeug vor dem Wahllokal sah. Außerdem befanden sich zahlreiche uniformierte Militärangehörige und Polizeibeamte vor dem Eingang des Gebäudes. Andere Personen waren zivil gekleidet, konnten aber im Zentrum von

Kulp als Angehörige der Armee erkannt werden (ausschließlich junge Männer und Waffen in den Minibussen). Als sie in die Stadt fuhren, sahen sie zahlreiche weiße Kleinbusse mit zivilem Armeepersonal. Im Stadtzentrum befanden sich weitere Kleinbusse in Gehweite eines Wahllokals. Sie schätzten, dass es insgesamt etwa 15-20 Minibusse waren, in denen jeweils etwa 15 Personen saßen.

Im Usunova-Wahllokal trafen sie auf bewaffnetes Militärpersonal. Die Wahlhelfer teilten ihnen mit, dass zehn bewaffnete uniformierte Militärangehörige (aus der Schwarzmeerregion) am Morgen zur Stimmabgabe gekommen seien (sie versuchten erfolglos, das zu verhindern). Sie waren erst am Abend zuvor in die Liste der Wahlberechtigten aufgenommen worden. Um das Ausmaß der Neuregistrierung zu verdeutlichen:



Ein Beispiel aus Iğdır Besti Aydeniz Mesleki ve teknik Anadolu Lisesi, Soldaten verlassen das Schulgelände mit Gepäck



Besti Aydeniz Mesleki ve teknik Anadolu Lisesi, uniformierte Soldaten betreten das Schulgelände.



Polizei und Soldaten wurden in diesen Gebäuden in Iğdır für den Wahlzeitraum untergebracht. Ihre registrierte Adresse war in einem Gebäude in der in Serdar Yücel Strasse, das sich im Bau befindet.

Zu den 630 Wählern, die im Dorf wohnten, gesellten sich 366 Militärangehörige, die alle als in einer kleinen Polizeistation wohnend registriert waren.

Auch in Iğdır Sehit Ogretmen Şevki Akgün İkokulu wurden gegen 09:40 Uhr 10 große weiße Busse und 3 Vans vor dem Schulgelände geparkt. Der Delegation wurde mitgeteilt, dass diese 13 Busse stündlich Soldaten zur Schule brachten. Berichte von Zivilisten und zivilen Beobachtern vor Ort.

Viele Beobachtungsdelegationen wurden von verschiedenen lokalen Quellen über verschiedene Arten von Wahlbetrug informiert.

So erfuhr die Delegation in Yüksekova von der örtlichen DEM-Partei, dass die Regierungspartei AKP 1000 Sicherheitskräfte und Zivilisten, die nicht im Bezirk wohnten, nach Savur und 500 in den Bezirk Dargecit in Mardin geschickt hatte. Diese Personen standen nicht auf den Wahllisten und durften nicht wählen. Man sagte ihnen auch, dass die meisten dieser Menschen erfolgreich gewählt hätten.

In Mardin, im Dorf Chalila, berichteten Einwohner, dass etwa 70 Soldaten aus anderen

Orten der Türkei an der Wahl teilgenommen hätten. Die Anwohner zeigten ein Video, auf dem zu sehen ist, wie die Soldaten vor den Wahllokalen warten und versuchen, mit ihnen zu sprechen und ihnen Fragen zu stellen.

Von Sonntagnachmittag bis Montagmorgen war für viele Soldaten der Beginn der Heimreise sichtbar. Wahlbeobachter machten am Flughafen von Iğdır Fotos, die die Abreise von Hunderten von Soldaten zeigen.

## FAZIT

Nach Auswertung der Berichte kann man zu dem Schluss kommen, dass es einen umfangreichen, organisierten Wählertransfer gab. In einigen Fällen wurden diese Personen innerhalb der letzten sechs Monate für die Wahlen in den Regionen registriert, in anderen Fällen erfolgte die Wählerregistrierung ad hoc. Die Auswirkungen des Wähler\*innenwechsels waren von Region zu Region unterschiedlich, machten aber in einigen Gebieten bis zu 50 % der Stimmen aus. Als internationale Wahlbeobachter \*innen war es uns unmöglich, die Gesamtheit dieses Umsturzes zu dokumentieren, da uns der Zugang zu den Wahllisten meist verwehrt wurde. Gleichwohl sind unsere Beobachtungen und Dokumentationen deutlich mehr als nur Hinweise auf einen groß angelegten Wählertransfer, der die Stimmen der lokalen, mehrheitlich kurdischen Bevölkerung und vor allem die der Frauen schmälerte; denn dieser Wählertransfer bestand fast ausschließlich aus Männern.

In den Provinzen und Städten Şırnak, Kars, Uludere, Çukurca, Gercüş, Eğil, Şemdinli, Hazro, Erüh und Savur könnte der gemeldete Wählertransfer von insgesamt 46901 Wählern (mit Ausnahme der Soldaten und Polizisten, die eine Dienstbescheinigung des Obersten Wahlrats besitzen) zu einer Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse geführt haben.

Unserer Meinung nach ist hier eine erneute Prüfung unter Berücksichtigung der Wählerverschiebungen und der Durchführung von Neuwahlen angebracht.



Iğdır Airport am Montag morgen (Das Bild wurde uns von lokalen zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachtern zugeschickt)



### 3. VERSUCHTER WAHLBETRUG DURCH BESTECHUNG

#### ODER ERPRESSUNG

In mehreren Provinzen wurden die Beobachter\*innen über Versuche informiert, dass versucht wurde die Wahlen durch Bestechung und/oder Erpressung zu manipulieren.

Die Beobachtungsgruppe, die Batman besuchte, berichtete zum Beispiel, dass sie über wirtschaftlichen Druck auf die Bevölkerung informiert wurde. Gegen Bezahlung oder unter Androhung der Entlassung mussten die Wähler\*innen ein Foto von ihrer Stimmabgabe machen und es an speziell organisierte Chats oder Telefonnummern schicken. Sie wiesen auch darauf hin, dass „die gewählten DEM-BürgermeisterInnen unter hohem politischen Druck stehen, da ihnen wegen angeblicher Verbindungen zur PKK lange Haftstrafen drohen. Jede\*r Kandidat\*in weiß also, dass er\*sie, selbst wenn er\*sie unter solch ungünstigen Bedingungen gewählt wird, viele Jahre im Gefängnis verbringen könnte, was eine starke Abschreckung für

den Eintritt für kurdische Rechte darstellt. Lokale DEM-Parteimitglieder berichteten auch, dass die Hilfspakete, die 2023 im Zusammenhang mit dem Erdbeben verteilt worden waren, nun als Wahlkampf-Köder für die AKP eingesetzt werden.

Wir hörten auch von ähnlichen Verteilungskampagnen in Iğdır im Vorfeld der Wahlen.

Dort berichteten uns Menschenrechtsorganisationen, dass in Bezirken, in denen der Anteil kurdischer Wähler\*innen besonders hoch ist, diesen 5.000 TL versprochen wurden, wenn sie leere Wahlumschläge in die Wahlurne einwerfen und den Wahlzettel als Beweis aushändigen.

Die Berichte können von uns nicht abschließend überprüft werden, sind aber Hinweise auf Betrugsversuche, die zu einer genaueren Überprüfung führen sollten.

### 4. DISKRIMINIERUNG (IM VORFELD DER WAHLEN)

Die Frage des Diskriminierungsverbots im Vorfeld von Wahlen kann hier nicht ausführlich behandelt werden. Dies ist in erster Linie Aufgabe von Menschenrechtsorganisationen, die seit vielen Jahren wichtige Arbeit in diesem Bereich leisten. Wir haben uns im Rahmen unserer Beobachtung nicht auf diese Aspekte konzentriert. Da die einzelnen Delegationen nicht-formalisierte Berichte verfasst haben, geben wir dennoch einige Auszüge aus ihren Beobachtungen und Notizen wieder.

Die Gruppe in Bitlis wurde darüber informiert, dass es mehrere staatliche Fabriken gibt, die repressive Maßnahmen gegen Kurden und die kurdische Kultur anwenden. Aufgrund der hohen Inflation ist die finanzielle Situation für viele Menschen derzeit katastrophal. Armut und Hunger sind ein echtes Problem. In diesem Zusammenhang sind die repressiven Maßnahmen am Arbeitsplatz ein großes Problem. Das soziale Sicherheitsnetz ist relativ schwach, und eine bezahlte Arbeit ist für Familien lebenswichtig.

In einem Gespräch mit der Gruppe in Iğdır berichtete ein Gewerkschafter von repressiven Maßnahmen gegen Gewerkschafter und einem faktischen Arbeitsverbot für ihn.

Er erklärte, er habe mehrmals Arbeit gefunden, aber seine Vorgesetzten seien so eingeschüchtert worden, dass er wiederholt entlassen worden sei.

Als Gewerkschafter hatte er sich für bessere Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern eingesetzt. Die Repressionen gegen Gewerkschaftsmitglieder, die sich dem Ausnahmezustand widersetzen, haben seit den Ausgangssperren im Jahr 2016 enorm zugenommen.

In Van berichtete der Ko-Vorsitzende der DEM-Partei, Veysi Dilekçi, über die aktuelle Situation und machte deutlich, dass das System der Treuhänder auch Ausdruck eines zweistufigen Justiz- und Demokratiesystems ist, das nur in den kurdischen Gebieten angewendet wird.

## 5. WAHLGEHEIMNIS

**The secret ballot was undermined on three levels. Firstly, through bribery and extortion, pressure was exerted on people to document and send a picture of their vote. Secondly, it was observed that several of the polling stations were overcrowded and a secret ballot was not possible. Thirdly, the conditions were detrimental for people with disabilities. The vote of these people was not secret or was even abused by external voting support.**

For example, Sudüğünü village in Bingöl province has a small school with about 3 classrooms, all of which were very crowded. The atmosphere was not tense, but it was very crowded around the voting booth and military personnel were standing right next to the booth. People did not go into the booth alone to vote and all in all, a

secret ballot was not possible. When observers spoke to the residents of the village, they did not seem to see a problem with the lack of secrecy. There were about four military officers present.

Another example was a polling station where observers were informed that the poll workers stamped the votes for people with disabilities who needed assistance without them being present in the polling booth.

In one case, an affected voter realised that the stamp had not been affixed to the desired place, but to the ruling AKP party. The voter insisted that the ballot paper be filled out again. Based on a list in which the number of people with disabilities was documented, it can be assumed that this procedure could have affected 70 votes.

## 6. MEHRFACHABSTIMMUNG

Verschiedene Beobachtungsgruppen wurden von Einheimischen über Vorfälle von versuchten Mehrfachabstimmungen informiert.

So wurde der Delegation in Şirnak Filmmaterial gezeigt, das dokumentiert, dass Soldaten in verschiedenen Schulen zweimal gewählt haben.

Die Delegation in Mardin wurde darüber informiert, dass es in der Sakarya-Schule zwei Arten von Betrugsversuch gab. Zumein wurde

versucht, für eine Person zu stimmen, die auf der Liste stand, aber nicht anwesend war. Der andere Versuch bestand darin, dass eine Person versuchte, für fünf Personen zu stimmen. Als man versuchte, dies zu verhindern, kam es zu einer Schlägerei.

Die Delegation in Urfa, Wahllokal Gönüllü, stellte fest, dass eine Person kam, um sich zu beschweren, dass ihre Stimme gestohlen worden sei - sie hatte noch nicht gewählt, aber ihre Stimme war bereits registriert worden!

## 7. PRESSEFREIHEIT AM WAHLTAG

Die Delegation in Hakkari berichtete, dass ein Pressevertreter daran gehindert wurde, die Wahl live zu übertragen. Als er das Wahllokal betrat, musste er sich einer Leibesvisitation unterziehen.

Die Gruppe in Iğdır wurde darüber informiert, dass ein Journalist gegen 09:15 Uhr in Şehit Öğretmen Şevki Akgün İkokulu physisch daran gehindert wurde, die Busse zu dokumentieren, die Soldaten zu den Wahllokalen transportierten.

## 8. ANDERE UNREGELMÄSSIGKEITEN

Im Folgenden werden einige Beispiele für weitere Unregelmäßigkeiten genannt.

Die Delegation in Urfa berichtete, dass ein Anwalt in das Dorf Sabanci (200 Wähler) gerufen wurde, weil die Stimmen bereits abgegeben worden waren, bevor das Wahlbüro geöffnet wurde! Nur AKP-Beobachter durften das Wahllokal betreten.

Die Beobachter\*innengruppe in Urfa berichtete aus einer Schule, dass die Stimmzettel bereits in den Wahlurnen waren, als das Wahllokal geöffnet wurde.

Bei 350 registrierten Wähler\*innen und in den Händen des Wahllokalleiters war die Wahlurne voll und 400 Stimmen waren abgegeben worden. Es wurde gefordert, dass alle Stimmzettel annulliert werden, woraufhin die Wahl von der Bezirkswahlkommission annulliert wurde.

## 9. ALLGEMEINE REPRESSION AND EINSCHÜCHTERUNG NACH DEN WAHLEN

**Nach den Wahlen kam es an verschiedenen Orten zu Repressionen und Polizeigewalt. Die Erfahrungen der Delegationen beschränkten sich auf Şirnak und Van.**

Die Delegation in Şirnak berichtete, dass sie am Abend der Wahlen in die Stadt zurückkehrte und zahlreiche Autos sah, aus deren Fenstern Männer den Wolfsgruß machten. (Anmerkung: das Erkennungszeichen der faschistischen Miliz der Grauen Wölfe)

Am selben Abend stürmte die Polizei auch das Büro der DEM-Partei und verhaftete etwa 25 Personen. Kurz nachdem die Delegation die Schule von Tuggeneral Ömer Kececigil İöo verlassen hatte, wurde ihr mitgeteilt, dass ein Gewerkschaftsmitglied der Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen verhaftet worden war. Bei einem Handgemenge im Zusammenhang mit der Verhaftung setzte die Polizei Gummigeschosse und Pfefferspray ein. Einige Parteimitglieder und Zivilisten wurden verletzt. Den Beobachtern wurde vorhandenes Videomaterial gezeigt.

### LAGE IN VAN

Die Gruppe aus Van berichtete, dass sie die Stadt am Wahltag gegen 21:00 Uhr erreichte. Die Freude über den Wahlausgang war groß. Autokorsos und feiernde Menschen bevölkerten die Straßen. Vor allem junge Menschen waren unterwegs. An verschiedenen Stellen trafen sie auf gepanzerte Fahrzeuge und Spezialeinheiten der Polizei. In der Stadt roch es nach Tränengas. Gegen 23:00 Uhr erschien das DEM-Parteipräsidium zusammen mit den Co-BürgermeisterInnen vor der Kamera. Gegen 00:30 Uhr machten sie sich auf den Heimweg. Weiße und schwarze gepanzerte Fahrzeuge waren auf den Straßen zu sehen.

### DEM-VERSAMMLUNG IN VAN AM MONTAG, DEN 1. APRIL

Das DEM-Treffen und die Wahlzeremonie sollten am Montag gegen 14:00 Uhr stattfinden. Die Beobachtergruppe machte sich auf den Weg dorthin. Unterwegs passierten sie mehrere Polizeikontrollpunkte und sahen mehrere gepanzerte Fahrzeuge.

Am Eingang des Kundgebungsgeländes waren Wasserwerfer zu geparkt.

Die Atmosphäre innerhalb der Veranstaltung war fröhlich und ausgelassen. Tausende nahmen an der Veranstaltung teil, feierten und tanzten.

## **HEFTIGE PROTESTE UND HARTE REPRESSION AM DIENSTAG, DEN 2. APRIL**

Am Dienstagmorgen spitzte sich die Lage in Van zu. Der Kandidat für das Amt des Co-Bürgermeisters, Abdullah Zeydan, wurde mit 55 Prozent der Stimmen gewählt, doch es folgte ein politischer und juristischer Putsch. Die Wahlkommission (YSK) entzog ihm daraufhin die Wählbarkeit. Daraufhin übergab die YSK das Amt an den Kandidaten der AKP, der nur 27 % der Stimmen erhielt. Während die DEM-Partei gerichtlich gegen diesen Putsch vorging, gingen gleichzeitig Tausende von Menschen auf die Straße, um zu verhindern, dass ihre Stimmen erneut von einem Treuhänder gestohlen werden. Die Wut war groß. Der Staat reagierte mit einem enormen Aufgebot an Polizei und Militär. Wasserwerfer hielten in regelmäßigen Abständen an den Kreuzungen, um (zumindest einen Teil) der

Seitenstraßen mit tränengasgesättigtem Wasser zu besprühen. Entlang der Hauptstraße wurden zahlreiche Tränengasgranaten abgefeuert. Auch Gummigeschosse wurden eingesetzt. Die Jugendlichen antworteten auf die gepanzerten Wasserwerfer mit Steinen. In der Nacht standen, soweit die Delegation sehen konnten, an jeder Kreuzung Busse voller Polizisten. Die Beobachter\*innen wurden Zeugen mehrerer Verhaftungen.

Im Laufe des Tages schlossen sich auch andere Städte den Protesten zugunsten von Abdullah Zeydan an.

Darüber hinaus wurden in verschiedenen Provinzen bis hin nach Istanbul und Hakkari fast 500 Bürger\*innen festgenommen. Weitere Verhaftungen erfolgten in verschiedenen Provinzen. Als Reaktion auf die wachsende landesweite Empörung bestätigte der Oberste Wahlrat (YSK) am Mittwoch schließlich die Wahl von Zeydan zum Bürgermeister.

## **10. DIE HALTUNG DER BEHÖRDEN GEGENÜBER DER UNABHÄNGIGEN, INTERNATIONALEN WAHLBEOBACHTUNGSDELEGATION**

**Als unabhängige Wahlbeobachter\*innen waren wir mit Repressionen auf verschiedenen Ebenen konfrontiert.**

Unsere Möglichkeiten, unsere Arbeit als unabhängige Wahlbeobachter\*innen durchzuführen, waren stark eingeschränkt, und in



*Kontrolle der Gruppe in Iğdır, im Hintergrund das Wahllokal Hüsnü M. Özyeğin İlkokulu 08:00 a.m.*

diesem Abschnitt werden die Einschränkungen, denen wir ausgesetzt waren, beschrieben.

Die AKP/MHP-Regierung machte unseren Delegationen deutlich, dass sie uns als unerwünscht betrachtete. Wir waren jedoch auf Wunsch der Opposition, der DEM-Partei, vor Ort, und als unabhängige Wahlbeobachter fühlen wir uns nur der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet.

In diesem Abschnitt dokumentieren wir daher unsere Erfahrungen in Bezug auf die Menschenrechtsarbeit, die wir im Rahmen der Wahlbeobachtung zu leisten versuchten. Und wir möchten die internationale Gemeinschaft ermutigen, über das nachzudenken, was Menschenrechtsvertreter erlebt haben. Hier einige Beispiele dafür, wie der Staat darauf hinwirkte, die internationalen Beobachter an der

Erreichung ihres Ziels zu hindern.

Auch die Delegation in Ağrı und Iğdır wurde vom Gelände aller Schulen verwiesen. Auch an den Eingängen zu den DEM-Parteiversammlungen in Van gab es langwierige Ausweiskontrollen.

Die Delegation in Hakkari berichtete, dass sie von den anwesenden Polizeibeamten sehr schnell aus dem Wahllokal in der Şehit Selahattin İlk Okulu-Schule verwiesen wurde, ohne einen der Wahlräume betreten zu können. Sobald sie auf dem Schulgelände ankamen, wurden die Ausweise der Delegation und der Begleitpersonen von Mitarbeitern von „Terörle Mücadele“ eingezogen. Die Wahlbeobachter wurden dann den Rest des Tages von den „Terörle Mücadele“-Mitarbeitern verfolgt und sehr aggressiv überwacht, so dass Besuche in anderen Wahllokalen nicht mehr möglich waren.

In Ömerli (Mardin) besuchte eine Delegation die Cumhuriyet-Grundschule. In der Schule waren zwei bewaffnete Polizeibeamte anwesend. Sie hinderten die Beobachter daran, die Wahl zu beobachten, und wiesen sie an, die Schule zu verlassen. Der Polizist sagte dem Übersetzer, er habe Befehle von oben erhalten.

An der nächsten Schule, Imam Hatip Lisesi, wurde die Delegation von drei bewaffneten Polizisten an der Treppe zum Eingang der Schule vertrieben. Auch diese Polizisten beriefen sich auf Befehle von oben. Daraufhin wurden die Besuche in anderen Schulen in Ömerli abgesagt.

Einer Gruppe in Mardin wurde der Zutritt zu einer Schule verweigert. Man sagte ihnen, der Gouverneur von Mardin habe ausländischen Gruppen die Beobachtung verboten. Sie wurden mit einem Aufgebot von bis zu 20 bewaffneten Wachleuten und Polizeibeamten konfrontiert und von Polizeibeamten bis in die Stadt Mardin verfolgt, nachdem die Mission abgebrochen worden war. Eine dritte Gruppe in Mardin wurde ebenfalls von zivilen Polizeifahrzeugen verfolgt. Der Gruppe wurde der Zugang zu den Schulen ausnahmslos verweigert.

Eine Gruppe in Diyarbakir berichtete, dass sie nur neun von achtzehn Schulen besuchen konnte und dass es häufig zu Einschüchterungsversuchen seitens der örtlichen Behörden kam. Eine andere Gruppe, die Hazro besuchte, schrieb: „Die Anwältin, die uns begleitete, legte ihren Ausweis vor, aber wir wurden am Einlass gehindert, zuerst von der Polizei, die unsere Pässe verlangte (und sie fotografierte), und dann von der Armee, die das Gleiche tat. Die Polizei war zwar nicht feindselig, übte aber indirekt Druck aus, indem sie die Delegation umzingelte und unsere Bewegungsfreiheit vorübergehend einschränkte.“ Diese Gruppe fuhr fort: „Der Zugang zu den Wahllokalen wurde uns zu keiner Zeit gestattet; wir wurden systematisch abgewiesen, eingeschüchert und mehrfach von bewaffneten Männern oder aggressiven Personen in Zivilkleidung befragt. Auch unsere Anwältin konnte ihr Recht auf Zutritt und Beobachtung nicht wahrnehmen.“

## 11. ARBEITSMETHODEN UND GRENZEN DES BERICHTS

Unser Ziel als Wahlbeobachter\*innen war es, zu verstehen und zu verfolgen, wie der eigentliche Wahlvorgang in den verschiedenen Wahllokalen ablief, ohne den Prozess zu beeinflussen.

Das türkische Wahlgesetz und das OSZE/ODIHR erkennen die Rolle der zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachter\*innen an, auch wenn sich ihre Rolle und Arbeitsweise von der des Europarats und der OSZE unterscheidet. Auf Einladung der DEM-Partei begleiteten wir die lokalen zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachter, um uns

ein eigenes, unabhängiges Bild von der Lage vor Ort zu machen.

Die Delegationen wurden meist am Samstag von der DEM-Partei, Menschenrechtsorganisationen oder anderen zivilen Wahlbeobachtern über die allgemeine Lage und die zu erwartenden Probleme in den zu besuchenden Regionen informiert. Sie reisten dann am Vorabend der Wahlen oder am Morgen des Wahltages in die Regionen. In der Regel wurden sie von akkreditierten lokalen Wahlbeobachter\*innen

und Übersetzer\*innen begleitet. Soweit möglich, wurden Wahllokale und Schulen besichtigt und Gespräche mit den Wahlhelfer\*innen geführt. In einigen Fällen wurden vor Ort Interviews mit der Bevölkerung und anderen lokalen zivilen Wahlbeobachter\*innen über den Wahlprozess geführt. Die Delegationen machten Notizen und Fotos. Anschließend wurde ein nicht-formalisierter Bericht erstellt.

Wir haben versucht, verschiedene Aspekte des Wahlprozesses zu erfassen, wurden aber strategisch daran gehindert, ihn zu beobachten und zu dokumentieren.

Der Bericht bietet kein umfassendes Bild der türkischen Kommunalwahlen 2024 und ist regional auf die von uns beobachteten Gebiete beschränkt.

Für ein umfassendes Bild wäre eine detaillierte Analyse der Menschenrechtslage erforderlich, z. B. der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, der Pressefreiheit und anderer Aspekte.

Generell gilt, dass ohne Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit die Grundprinzipien des Wahlrechts verletzt werden. Uns ist zum Beispiel bekannt, dass das im Oktober 2022 verabschiedete Mediengesetz Artikel 19 der Menschenrechte, die Informationsfreiheit und die Meinungsfreiheit stark einschränkt, aber wir haben die Folgen dieser Einschränkungen nicht analysieren können.

In diesem Zusammenhang verletzen auch Parteiverbote und Klagen wie die gegen die HDP die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit als Grundlage für freie und gleiche Wahlen.

Wenn Parteien und Parlamentarier\*innen an der Kandidatur gehindert werden, etwa durch Verbotsverfahren, oder wenn der Wähler\*innenwille durch den Einsatz von Treuhändern außer Kraft gesetzt wird, sehen wir elementare Wahlgrundsätze verletzt.

Wir erkennen eine gewisse Doppelmoral im Umgang mit den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten im Südosten der Türkei.

Allerdings wäre im Rahmen unserer Beobachtung nicht möglich, die Auswirkungen dieser Situation und Gesetzgebung genau zu analysieren. Das Gleiche gilt für die faire Verteilung der Parteien in der Medienberichterstattung im Vorfeld der Wahlen sowie die Öffnung der Wahllokale, die Kontrolle der Wahlkabinen und den Auszählungsprozess, den wir nicht beobachten konnten.

Der Bericht stützt sich in diesen Punkten auf Informationen von Menschenrechtsorganisationen, Rechtsanwält\*innen und zivilen parteinahen Wahlbeobachtern der Partei DEM sowie auf die Erfahrungen der Beobachter\*innen, die am 31. März zwischen 8 und 17 Uhr die Wahllokale in den oben genannten Provinzen aufgesucht haben.

Im Anschluss an die Beobachtung legten die verschiedenen Delegationen ihre nicht formalisierten Beobachtungsberichte vor. Eine Redaktionsgruppe, bestehend aus Franziska Stier (Schweiz) und Johan Petter Andresen (Norwegen), fasste die Ergebnisse für den vorliegenden Bericht zusammen.

Franziska Stier

Johan Petter Andresen